

Inserate

werden angenommen

in Bösen bei der Expedition

in Zeitung, Wilhelmstr. 17.

Ges. Ad. Höhle, Hofflieferant,

Fr. Gerber u. Breitestr. Ede,

Haus Zwickel, in Firma

J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:

F. Haufeld für den politischen

Theil, A. Beer für den übrigen

und Monatlichen Theil, in Bösen.

Inserate

werden angenommen

in den Städten der Provinz

Bösen bei unseren

Agenturen, ferner bei den

Annonsen-Expeditionen

Ad. Post, Kaiserslautern & Postamt 8.

J. J. Decker & Co., Frankenthal

Verantwortlich für den

Inseratenheft:

F. Klugkist

in Bösen.

Posener Zeitung

Reunionszeitung
Jahrgang.

Nr. 804

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentags zwei Mal,
und auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierthalb
jährlich 4,50 M. für die Stadt Bösen, 5,45 M. für
das Land Sachsen.

Mittwoch, 16. November.

1892

Politische Übersicht.

Bösen, 16. November.

Die Bewegung gegen die Militärvorlage, die im Norden wie im Süden immer weitere Kreise ergreift, wird in einzelnen nationalliberalen Blättern als eine unpatriotische, ja sogar partikularistische bekämpft. Dass an der Versammlung des Vereins "Freisinn" in München auch ein Mitglied des Vorstandes der nationalliberalen Partei, Kommerzienrat Hänle, teilgenommen, ja dass neuerdings sogar eine nationalliberale Versammlung in Baden denselben Ton angeschlagen hat, ist wohl als Bestätigung dieser Behauptung anzusehen. In der Versammlung der freisinnigen Partei in Nürnberg hat Niemand anders als der Landtagsabgeordnete Karl v. Grämer, dem selbst die nationalliberalen Kritiker keine partikularistischen Tendenzen unterschrieben werden, jenen Vorwurf in einer mit Begeisterung aufgenommenen Rede zurückgewiesen.

Wenn man, sagte Herr Grämer, auf die Versammlungen vor 20 Jahren zurückbliebe, auf den Enthusiasmus, mit dem die Gründung des deutschen Reiches begrüßt worden sei, so könne man wirklich zu der Frage gelangen: wohin sind wir denn gekommen, wie steht denn die Sache eigentlich? Man sage, Frankreich sei an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Das sei Sache der Franzosen. Aber es sei doch wahrscheinlich nicht die Aufgabe einer guten Staatsregierung, derartige Experimente nachzumachen. Wenn das wirtschaftlich in der Absicht der deutschen Regierung liegen sollte, so könnte man fast daran zweifeln, ob es nötig gewesen, dass so viel Blut gegossen sei. Sicherlich werde uns das nicht davon abhalten, treu wie bisher zum deutschen Reiche zu stehen, aber es gelte doch, zu befürchten, dass so wie bisher die Dinge nicht fortsetzen könnten. Es gelte, vor aller Welt zu erklären, dass wir friedfertig seien und an keinen Angriffskrieg dächten. Und wenn in Frankreich einige der Hauptstreiter wieder einmal in die Trompete stößen sollten, so werde uns das nicht aufregen, denn man wisse, dass das französische Volk gerade so den Frieden für ein edles unentbehrliches Gut halte und gerade so friedfertig sei wie das deutsche. Wenn es aber überall befürchtet werde, dass das deutsche Volk den Krieg verabscheue, so werde das einen mächtigen Eindruck machen. Man unterstüze dadurch ja nur die Könige, die in allen Thronreden von den friedlichen Verhältnissen sprachen, die Regierungen, die stets betonten, es liege kein Grund zu einer Kriegsbefürchtung vor; man thue also gewiss nichts Unrechtes. Wenn es einmal nötig werden würde, zum Schutz des Vaterlandes einzutreten, dann werde jedermann seine Pflicht thun, auch die Landwehr, die jetzt so schwer angegriffen werde. Aber jetzt gelte es, der friedfertigen Gefinnung Ausdruck zu geben, und nach dieser Richtung sei die Bekämpfung der Militärvorlage eine ganz eminentiale Kundgebung für den Frieden.

Die Meldung der "Kreuztg.", dass Freiherr von Huene zum Vorsitzenden der Steuerausschuss des Abgeordnetenhauses ausersehen sei, ist in der Presse dahin interpretiert worden, dass Frhr. v. Huene, indem er die Leitung der Arbeiten dieser Kommission übernehme, auf die Mitarbeit an der Militärvorlage im Reichstage verzichte. Dagegen schreibt die "Post": "Wir haben vielmehr allen Grund zu der Annahme, dass Frhr. v. Huene eine intensive Mitarbeit bei der Erledigung der Militärvorlage sehr wohl mit dem Vortheile in der Steuerausschuss des Abgeordnetenhauses vereinigen zu können glaubt." Soweit hat die Erörterung nur ein per-

sönliches Interesse. Die "Post" fügt aber hinzu: "Überhaupt wird man gut thun, mit dem Urtheil über das Verhalten des Reichstags gegenüber der Militärvorlage vorsichtig zu sein. Es liegen eine ganze Reihe von Anzeichen dafür vor, dass die Parteipresse nicht überall der adäquaten Ausdruck der Auffassung der parlamentarischen Vertretung ist. Dies gilt insbesondere auch bezüglich der Windthorst'schen Resolution; vielleicht wird die "Freis. Ztg." binnen Kurzem darüber belehrt werden, dass diese sich nicht gegen den Caprivi'schen Organisationsplan richte", zu deutsch: dass die Resolution Windthorst von 1890, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, dass die Regierungen von der Verfolgung von Plänen, durch welche die Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften zum aktiven Dienst durchgeführt werden soll, Abstand nehmen würden, weil dadurch dem Reiche geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen müssten, nach der heutigen Ansicht des Zentrums auf die Caprivi'sche Vorlage keine Anwendung finden können; also auch die Annahme derselben nicht ausschließe. Was die "Post" hier von den An- und Absichten des Zentrums aus der Schule plaudert, ist nicht ohne Interesse, da die Zentrumsblätter früher schon über Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und Frhr. v. Huene berichtet haben. Die Zentrumswähler haben um so mehr Ursache, die Augen offen zu halten. Uebrigens hat nach einem Bericht der "Germania" der badische Reichstagsabgeordnete Frhr. v. Buol vorgestern in einer Zentrumsversammlung in Bruchsal die Militärvorlage "als ein Gespenst bezeichnet, das nie Wirklichkeit annehmen werde, denn in ihrer jetzigen Form werde das Zentrum niemals für die Vorlage stimmen und wenn der Reichstag deshalb zehn Mal aufgelöst würde." Das klingt doch etwas anders, als die Insinuationen der "Post".

Die "Süddeutsche Tabak-Ztg.", die sich durch irrtümliche Meldungen in der Tabaksteuerfrage einen gewissen Ruf gemacht hat, hat ebenfalls a's Neuigkeit gemeldet, es stehe jetzt fest, dass der Tabakkoll um 30 M., die Tabaksteuer aber nur um 10 Mark erhöht werden soll. Die "Südd. Tabak-Ztg.", meint die "Lib. Kor.", phantasirt. Nun mag Schatz-Sekretär v. Malzahn nicht für den idealen Finanzminister halten, aber dass er sich von der Erhöhung des Schutzes für den inländischen Tabak um 20 Mill. höhere Erträge für die Reichskasse versprechen sollte, ist nicht anzunehmen.

Für die Ersatzwahl zum Reichstage im Wahlkreis Marienwerder-Stuhm haben die Nationalliberalen in Marienwerder, wie schon mitgetheilt, den Staatsminister a. D. Hobrecht als Kandidaten aufgestellt. Hobrecht hat sich zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt und zugesagt, falls er zur Stichwahl komme, im Wahlkreis zu erscheinen. Die Freisinnigen im Kreise Stuhm scheinen an der Kandidatur des Amtsrichters Rother festhalten zu wollen.

Herr Loubet und sein Kabinett thun, als seien sie eifrigst bemüht, die Rätsel der anarchistischen Sphinx zu lösen. Ihr ganzes Verhalten beweist aber, dass es ihnen damit kein

Erfolg ist. Die französische Kammer macht es um nichts besser. Jeder einzelne Deputirte, von den intranständigen Radikalen und den "zielbewussten" Sozialisten natürlich abgesehen, macht sich insgeheim das Geständnis, dass er und seine Kollegen Schwachköpfe sind, die zu allem anderen eher passen, als in schweren Zeiten das verantwortungsreiche Mandat von Volksvertretern zu üben. Sobald sie aber in parlamentarische Aktion treten, wird der hohe Rothorn bestiegen und der französischen Nation das stolze Schauspiel geboten, dass die Republik ihr Schicksal Männern anvertraut hat, denen auch in Augenblicken der größten Gefahr die — Zunge nicht versagt. Seit acht Tagen regnet es Briefe und Bischriften aus den Departements an die resp. Kammervertreter, die an der gouvernementalen Lotteriwerbung, welche unter den Auspizien des Kabinetts Loubet eingerissen ist und in der Affaire von Carmaux so wundersame Vorbeeren geerntet hat, schärfste Kritik üben und das gegenwärtige Regierungssystem en bloc für für die neueste Kundgebung des Dynamitschreckens verantwortlich halten. Es geht ein Geist durch das Land, der den Mundhelden im Palais Bourbon instinktiv zu wider ist. Da stützen sie noch zehnmal lieber das im Amte befindliche Ministerium, so wenig sie dasselbe zu respektiren vermögen, ehe sie sich auf Anregungen einlassen, welche aus dem Kreise der Wähler kommen. Herr Loubet thut übrigens, was billigerweise von ihm verlangt werden kann, indem er jedem, der es hören will, erzählt, er werde schon dafür sorgen, dass Gesetzwidrigkeiten, wie das Spazierenführen der rothen Fahne in Carmaux und das Auslegen von Sprengbomben in den belebten Stadtgegenden von Paris nicht wieder vorkommen. Wie er das anfangt, wird strengstens verschwiegen; inzwischen treiben die Ressortminister Politik auf eigene Faust und scheuen sich selbst nicht einmal, wie der Zwischenfall mit der Schweiz beweist, die Republik in auswärtigen Dingen zu kompromittieren. Niemand aber hat den Mut, das Kind beim rechten Namen zu nennen, aus Furcht, eine Kabinetskrise und im Anschluss daran vielleicht gar eine Staatskrise hervorzurufen. Nur so kann es geschehen, dass ein Ministerium, das eigentlich keinen einzigen Freund, keine einzige Stütze mehr hat, ganz gemüthlich weiter wirtschaftet. Es hat zwar die Führung der Lage längst verloren, aber Niemand ist da, der sich vermeissen könnte zu sagen, er wisse die Richtung anzugeben und innezuhalten, welche die Entwicklung von Staat und Gesellschaft einzuschlagen habe. Die Umsturzmänner, die wenigstens wissen, was sie nicht wollen, gehen einem Kabinett nicht einsichtig zu Leibe, welches ihre Geschäfte in so erschrecklicher Weise besorgt wie Herr Loubet nebst Kollegen. Es kann daher dem jetzigen Kabinett, trotzdem es eigentlich schon längst unmöglich geworden ist, noch eine geräume Lebenszeit beschieden sein.

Deutschland.

Berlin, 15. Nov. [Die Berliner Ausstellung.] Der Reichskanzler hat den Veranstaltern einer umfassenden

"Tabou".

(Von unserem Korrespondenten.)

[Nachdruck verboten.]

Paris, Anfang November.

Nachdem die sogenannten Tage der Großherzöge vorüber, und nachdem die vielen fürstlich hohen Personen, welche Paris in letzter Zeit mit ihrem Besuch beeindruckt und vielfach, nicht nur im Elysée-Palast, beim Präsidenten der Republik, als auch in Chantilly beim Herzog von Aumale u. c. eingeladen, die Metropole wieder verlassen, so ist gegenwärtig Pantheon und Akademie à l'ordre de jour und allgemeines Tagessgespräch.

Nicht nur um Renans, Michelets und Quinats Beisetzung, die so gut wie bejlossen, sondern auch um die des Herrn Thiers handelt es sich, obwohl die Schwägerin desselben, Fräulein Dosne, im Namen des Verstorbenen hingegen Einsprache erhebt und bittet die französischen Konsuln des vormaligen Präsidenten der französischen Republik eben dort zu belassen, wo sie laut seines Wunsches derzeit ihre Beisetzung gefunden. Jetzt aber werden auch infolge der Aufrufung des Herzogs von Choiseul noch Stimmen für Arago, Bugaud, Claude Bernhard, Lamartine, Pittres, Ingres, Weissmuller und Jean, Bapt. Says Überführung laut, und so erst diese ihre Beisetzung daselbst gefunden, so ist naheliegend, wie bald noch andere folgen werden, so dass das Pantheon mit der Zeit der Westminster-Abtei, wenn auch nicht gleich, so doch ähnlich werden dürfte.

Nach diesem nun ist es die Akademie des Immortels, welche die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, die wie erinnerlich, seit dem Eintritt Don Pedro d'Alcantara, des Extasiess von Brasilien, bis lebhaft auf Marmiers und Camille Bouffets Hinweise in diesem Jahre durch den Tod vieler ihrer Mitgliedsleiter schwer betroffen. Und obwohl noch nahezu drei Monate verstrechen dürften, bis eine definitive Neuwahl und Beisetzung der gegenwärtig wieder valanten drei Sessel getragen, so ist doch die übliche Steeple-Chase schon im besten Fluss und an Kandidaten ist natürlich hier, wie überall, kein Mangel. Fama unterlässt nun nicht, als Nachfolger Renans Herrn Berthelot oder auch den Unterrichts-

minister Herrn Bourgeois zu bezeichnen, während man für Camille Bouffets Sessel Thureau-Daugin, den Gelehrten-Schreiber der Zunft-Monarchie, sowie für Marmiers Herrn Bola nennt, wobei noch viele andere Kandidaten, z. B. Brunetière, de la Villeherbe, Anatole France und besonders Challemel-Lacour auf der Bildfläche erscheinen, von denen einige jedoch als outsider gelten und jedenfalls als auf Terme cotren können.

Was nun Herrn Bola, den berühmten Verfasser des gegenwärtig schon in 160. Auflage erschienenen "Niederbruchs", anbetrifft, so erregt seine diesjährige Kandidatur für Roussel's oder Marmier's Sessel, welcher letzter nahezu als Antipode zu bezeichnen, — mais les extrêmes se touchent, — natürlich das größte Interesse, und dies um so mehr, als Herr Bola sich selbst als den Kandidat perpetuel fürs "Pantheon des Vivants" zu bezeichnen beliebt, und fürztlich noch in seinem seltamen Humor so weit gegangen, anstatt des Mouton'schen Tugendpreises einen "Prix de décuragement" auf dem Felde der Literatur zu präsentieren; eine offensbare Ironie für den ihn derzeit entgangenen Augier'schen Fauteuil, auch behauptet seine Freunde ganz sicher, es müsse ihm diesmal schon gelingen, sich in die hohe Gesellschaft hineinz... vivisezten. Nun, qui vivra verrá.

Zum Neubeginn geht Alles recht ruhig zu. Die Theater klagen über Misere, was vielleicht mit daran liegt, dass im diesjährigen Herbst, theils der Cholera-Befürchtung wegen, der Fremden-Besuch gerade kein so starker, wie auch selbst der Adel und die hohe Gesellschaft immer noch extra muros verweilt, theils auch die Theater eben bislang nicht viel Anziehendes oder Neues geboten. Im Ganzen aber scheint die Sache auch wohl übertrieben, da der bisherige Einnahme-Ausweis in den letzten 10 Jahren, für die großen städtischen Bühnen eben nur eine progreßiv regelmäßige Steigerung ergiebt; indem die Einnahmen, welche sich im Jahre 70 jetzt auf rund 16½ Millionen beließen, sich bislang auf 23½ Mill. jährlich gesteigert haben.

Ein anderes dagegen ist es mit dem Staatshaushalt, wo einige bedenkliche Lücken zu Tage treten, und dies um so mehr, als allerseits immer neue Ansforderungen gestellt, die kaum mehr mit dem

Einnahmebudget und der Steuerkraft in Einklang zu bringen sein dürfen. Da ist unter anderem die liebre Marine, welche in den letzten Dekennien nahezu ein Heidengeld verschlungen hat. Der Minister Cavaignac hat diesem Moloch im Handumdrehen 23 Millionen geopfert, und jetzt verlangt man abermals 9 Millionen, so dass die Dotations dieses Ministeriums ehestens auf runde 300 Millionen zu steigen kommt. Frankreich, das es sich „coeur leger“ nicht darauf antommen lässt, schon jährlich eine kleine Milliarde Zinsen für seine charmanter Schulden zu bezahlen, darf doch im Militärischen, als der Zivilisation immer voran, sich hier noch viel weniger um 1 kleine Milliarde lumpen lassen. Also vorwärts, und immer vorwärts! — Ja, aber, aber... meint da Herr Lockroy: „Es geht halt nit allweil...“

A so, wie man möcht! — Der brave Herr Melville aber hat uns doch gesagt, dass die Einkünfte der Duane die Kassen füllen würden. Ohne Zweifel! aber der brave Herr Melville hat eben nur bewiesen, dass er weder inamovible noch infaillible ist, und wir sind mal ebenso ein doppio wie alle übrigen Großstaaten Europas, denn die Schulden allein thun's doch nicht!? — So läuft sich ungefähr der „brave“ Herr Lockroy, horribile dictu, ganz trocken im „Eclair“ vernehmen.

— Ja, aber, was fangen wir denn nun an? Die lumpigen 9 Millionen müssen da her, wir können uns doch unmöglich darum lumpen lassen! heißt es wieder in der Budget-Kommission und da macht Herr Lockroy einen Vorschlag zur Güte, indem er eben Schwarz auf Weiß nachweist, wie die liebre Marine mit den Matières illégales, d. i. ihren schadhaften Stoff oder Brio à Brac, den „Tabou“, wie die Leute in Oceanien wohl die Gegenstände nennen, die man nicht anrühren darf, ohne den Born der himmlischen Mächte zu entfachen, sich eben ihre Ausgaben selbst beschaffen könne. Er weiß darauf hin, wie die französische Marine seit Jahrhunderten einen ganz ungeheuerlichen Vorrath von Brio à Brac oder Tabou zusammengebastelt, worüber sich seit Neffers Zeiten bis auf Daru, Thiers, Dréo, Dorion und Gerville-Réache noch fast alle Marine-Minister beklagt hätten. Ganze gewaltige Magazine seien überall gefüllt mit Gegenständen und heute völlig

Berliner Kunst- und Gewerbeausstellung nicht nur seine persönlichen Sympathien ausgedrückt, sondern gleichzeitig jede gewünschte Förderung des Unternehmens durch die Staatsorgane zugesagt. Die Offiziösen sind daraufhin angewiesen worden, die Berliner Ausstellung mit ihren Segenswünschen zu bedenken. Die Streitfrage, ob nicht eine Weltausstellung in Berlin vorzuziehen gewesen wäre, braucht heute nicht mehr erörtert zu werden; diese Sache ist endgültig abgethan. Dagegen ist es noch Zeit, die Frage aufzuwerfen, ob nicht lieber statt einer auf Berlin beschränkten Ausstellung eine deutsch-nationale Ausstellung veranstaltet werden sollte. Schon für eine Berliner Ausstellung müssen Kräfte und Geldmittel in Bewegung gesetzt werden, die mit verhältnismäßig nur geringer Erweiterung hinreichen würden, um eine ganz Deutschland umfassende Ausstellung würdig durchzuführen. Bei der engen Verzweigung der Berliner Industrie mit denjenigen des übrigen Deutschlands wird es ohnehin dazu kommen, daß die Berliner Spezial-Ausstellung ein Abbild auch der gewerblichen Thätigkeit der Provinzen bieten wird. Hier den letzten Schritt zu thun und lieber gleich ganze Arbeit zu machen empfiehlt sich gerade im Interesse der anderen Bundesstaaten und der preußischen Provinzen, deren Erzeugnisse sonst Gefahr laufen, nur unter dem Berliner Stempel Geltung zu bekommen.

△ Berlin, 15. Nov. [Sozialdemokratischer Parteitag] Der sozialdemokratische Parteitag fand am Dienstag ziemlich gemütlich an. Die Berichte der Herren Bebel und Fischer boten verschiedenes Neues, das die Leser ja bereits kennen. Daß die darauf folgende Generalabstimmung mancherlei persönliche und lokale Schmerzen zum Ausdruck brachte und viel Meinungsunterschied enthielt, ist eine Erscheinung, in der sich eine gewöhnliche parlamentarische Erfahrung wiederholt. Immerhin zeigten alle Reden Gewandtheit; die Redner waren zum Theil junge Leute und zum ersten Mal mit einem Amt als Parteivertreter betraut. Sachlich machte einigen Eindruck die Mitteilung, daß die finanziellen Beziehungen der Mitglieder des Parteivorstandes zum Zentralorgan sich einfach auf ein Geschenk beschränken, das der Abg. Singer dem "Vorwärts" in Höhe von 16 000 Mark gemacht habe. Oben auf der Galerie saß schmunzelnd Herr Werner (Jung-Werner). Wäre er Mitglied des Parteitages, so würde er wohl allerlei hübsche Blanterien haben erzählen können, die die Beziehungen zum "Vorwärts" denn doch in anderem Lichte hätten erscheinen lassen. Heute Morgen kam auch Vollmar an und nahm mit seiner Gemahlin an einem Delegiertenplatz; sein Erscheinen wurde unter den Delegirten weniger bemerkt als unter den Gästen in den Nebenräumen und auf den Galerien. Es läßt sich so an, als ob die ferneren Verhandlungen ruhig verlaufen und die erwarteten scharfsinnigen Auseinandersetzungen ausbleiben würden. In einem Punkt steht die Parteileitung allerdings auf Tadel, und zwar, wo man ihn nicht erwartete. Die Ausgabe vom Maifestzeichen wird ziemlich allgemein mißbilligt, trotz eines erzielten Überschusses von 8000 Mark; Bebel wird auf diese Vorwürfe antworten, fraglich ist, ob er sie für unberechtigt erklären wird.

Die Zahl der Delegirten, die bis Dienstag Mittag eingetroffen waren, ist noch nicht so groß, wie die schon am Montag angegebene; sie wurde auf 230 geschätzt, wobei aber nicht bloß die Abgeordneten mitgezählt, sondern auch jeder Delegirte so oft gezählt wurde, als er Mandate besitzt. Im Ganzen hat dieser Parteitag doch wohl weniger Interesse in den sozialdemokratischen Kreisen namentlich auf dem Lande erregt als seine Vorgänger. Selbst von den Abgeordneten, die in Erfurt fast vollständig (irren wir nicht, bis auf Schippe) vertreten waren, sind diesmal nur etwa zwei Drittel anwesend.

— In der heutigen Plenarsitzung des Bundesrates wurde der Antrag Bayerns betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Gewerbeordnung (Gewerbebetrieb im Überzeihen) den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Justizwesen überwiesen; ferner wurde dem Entwurf einer Vereinbarung erledigter Vorchriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Österreichs und Ungarns einerseits und Deutschlands andererseits rücksichtlich der bedingungsweise zur Förderung zugelassenen Gegenstände zugestimmt.

— Die Informationsreise des Kultusministers Bosse nach Oberschlesien soll, wie die "Schl. Btg." erfährt, für die zweite Hälfte dieser Woche in Aussicht genommen sein.

— Unter der Überschrift "Die Steuervorlagen und die Parteipresse" schreibt die bismarckische "Welt. Allg. Zeitung":

Für jeden, der mit den Parteiverhältnissen in Preußen vertraut ist, kann die Haltung, welche die Parteipresse den neuen Steuervorlagen gegenüber einnimmt, zwar keine neue Erschöpfung sein,

wohl aber wird durch dieselbe von neuem das beschämende Gefühl geweckt, daß es einem Theil der Presse — wie Fürst Bismarck sich einem Beobachter gegenüber ausgedrückt hat — an dem "Mut der eigenen Meinung" fehlt. Abgesehen von den sozialdemokratischen Blättern und der freisinnigen Parteipresse, welche sich den sogenannten Reformplänen des Herrn Möller von vornherein ablehnend gegenüberstellten, schwankt die übrige Presse in ihren Ansichten hin und her. Die meisten Blätter enthalten sich jeder festen Meinungsausklärung und begnügen sich damit, das statistische Material, welches die Regierung mit den Vorlagen liefert hat, durchzustöbern. Geradezu beschämend ist die Haltung derjenigen Presse, welche einen Theil des liberalen Bürgertums vertritt oder wenigstens zu vertreten vorgiebt. In einer Angelegenheit, welche das gesamte Bürgertum so nahe angeht wie keine andere, entbehrt die national-liberale Parteipresse (allen voran natürlich die "National-Btg.") — Red. vollständig der eigenen Meinung und frischt die alten Manöver wieder auf, welche auf die vorstige Vermeidung einer festen Stellung nahme hinauslaufen, um sich später mit der gewohnten Sicherheit auf jene Sette zu schlagen, auf der sich die Mehrheit befindet. Ein solches Spiel mit den Interessen des Bürgertums kann diesem aber wenig frönen und sollte es veranlassen, die Wahrung seiner Interessen ohne Böger selbst in die Hand zu nehmen.

— Aus der gestrigen Nachmittagsitzung des sozialdemokratischen Parteitages ist noch zu erwähnen, daß auch einige weibliche Delegirte zu derselben erschienen waren. Die Mandatsprüfungskommission stellte fest, daß außer den Reichstagsabgeordneten und den Mitgliedern der Parteileitung 231 Delegirte zugegen seien. Eingegangen ist unter anderem der Antrag, die im vorigen Jahre beschlossene Ausschließung der "Unabhängigen" aus der Partei rückgängig zu machen.

— Halle a. d. S. 15. Nov. Die Stadtverordneten bemühten 40 000 M. zu Begehrverbesserungen, um die Arbeitslosen zu beschäftigen. Der Magistrat bereitet die Ausführung weiterer umfangreicher Notstandsarbeiten vor.

Zur Choleraepidemie.

Wien, 15. Nov. Mit Rücksicht auf die Abnahme der Cholera in Belgien, den Niederlanden und Frankreich hebt eine Ministerialverordnung im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung das Ein- und Durchfuhrverbot für Waaren aus diesen Ländern auf, ausgenommen für Hadern sowie gebrauchte ungereinigte Kleidungsstücke, Letz- und Bettwäsche.

Amsterdam, 15. Nov. Nach dem vom Minister des Innern veröffentlichten Wochenbericht beträgt die Zahl der in Holland in letzter Woche an der Cholera Gestorbenen 22; davon entfallen die meisten auf die Provinzen des südlichen Holland.

Belgrad, 15. Nov. Gestern und vorgestern ist hier und in Semendria kein Cholerafall vorgekommen. Die Quarantäne für Reisende vom Auslande ist seit gestern aufgehoben worden. Es findet nur noch eine ärztliche Revision der Reisenden statt.

Washington, 15. Nov. Der Schatzekretär hat sich dahin ausgesprochen, daß der Wiederausbruch der Cholera im nächsten Frühjahr möglich und daß deshalb die 20 tägige Quarantäne aufrecht zu erhalten sei.

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 14. Nov. [Der Prozeß gegen den Reichstagsabgeordneten Stein], dessen Verhandlung am Montag bis in die späte Nachstunde dauerte, hat mit der Verurtheilung des Angeklagten zu zwey Jahren Gefängnis und zweijährigem Verblassen geendet; von der Gefängnisstrafe werden 6 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Wie schon aus dem Gange der Verhandlung hervorging, suchte die Vertheidigung den Nachweis der geistigen Unzurechnungsfähigkeit Steins zur Zeit seiner Straftaten zu führen. In diesem Sinne wurde auch das Gutachten des ersten medizinischen Sachverständigen, Sanitätsrat Mittenzweig abgegeben. Dieser sagte aus, der Angeklagte leide zwar nicht an aufgesprochener Geisteskrankheit, aber solche Leute, welche eine so schwere Kopfverletzung erlitten, wie der Angeklagte, könnten leicht durch Gemüthsbewegungen und andere seelische Erregungen in einen Zustand gerathen, der ihnen die gesunde Vernunft raube. Ob nun der Angeklagte sich zur Zeit der von ihm begangenen Straftaten in einem Zustand von Geistesstörung befunden habe, wodurch seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen werde, darüber erlaube der Sachverständige sich nicht ein bestimmtes Urtheil zu fällen; sondern müsse es den Geschworenen überlassen. Er seinerseits halte den Angeklagten noch nicht für geistesgekrankt. Der zweite Sachverständige, Geh. Rath Lewin, hält es zwar gleichfalls für zweifelhaft, daß der Angeklagte an den Folgen einer Gebirnerschütterung leide, dagegen habe der Sachverständige aus der stattgehabten Verhandlung nichts entnehmen können, woraus sich der Schluss ziehen lasse, daß der Angeklagte zur fraglichen Zeit nicht zurechnungsfähig war. Er halte den Angeklagten zur Zeit für gesund.

Überflüssigen und unnützen Dingen, die im vorigen, so wie zu Anfang und Mitte des gegenwärtig zur Neige gehenden Jahrhunderts am Ende verwendbar, heutigen Tags aber eben nur noch gut fürs Museum wären. Diesen famosen Brie à Brac nun schätzt Herr Lockroy rundweg auf einen Werth von Mindestens 100 Millionen Francs. Er behauptet und gewiß nicht mit Unrecht, daß man mit diesem "Erbstrodel" endlich mal turz Prozess machen und ihn "verhauen" müsse, wo dann mit dem Ertrag dieser endlichen Aufräumung der Marine-Appetit sich doch wohl für einige Zeit noch stillen möge. Freilich will nun die Marine hier von, wie sie schon 1887 bewiesen, durchaus nichts wissen, da die Aufbewahrung und Konservervierung dieses ihres geheiligten Erbstrodes oder Tabou eine hübsche Zahl bebäbiger Staatsparasiten ernährt. Aber diese duftigen Staatsparasiten könnten doch am Ende andererorts eine nützlichere und bessere, wenn auch weniger stagnante Verwendung, sowie staatliche Nutznutzung finden und dann ist doch die Marine kein Staat im Staat, sondern wie jedes andere Regierungsressort nur ein Theil des Ganzen, den man eben mit dem schönen Namen "Staat" zu bezeichnen beliebt.

So also läßt sich Herr Lockroy vernehmen; sein Calcul betreffs der 100 Millionen aber basirt er darauf, daß die Marine im Jahre 1887, laut eigener Angabe, als Maximum für Lager-Vorräte z. z. 130 Millionen in Ansatz gebracht, daß aber nach Aufnahme-Ausweis die ganzen Lagervorräte, sammt des erwähnten Theils antiflubianischen Sauerteiges, derzeit auf 237 Millionen, sauf erreut et omissoe geschätzt und verrechnet, und augenblicklich auf 267 Millionen angewachsen seien, und trotzdem habe die liebenswürdige Verwaltung derzeit 1887, als man die Vermerkung des Stosch schon gebeitet und eine Veränderung dieses von Trafalgar herstammenden "Erbstrodes" um 60 Prozenten anbefohlen, solches auch mittels chinesisch siebenfacher Buchhaltung dahin ermöglicht, indem sie den Werth des Stosch oder Vorraths, durch Etiquettenmanipulation und Preiserhöhung um 60 Proz. dergestrichen hätte.

Ich hütte mich wohl hier weiter zu geben, in dem was der ehrenwerthe Herr Lockroy alsdann noch, um nicht mehr zu sagen "Wunderliches" über die Geschäftsführung der französischen

Bet der widersprechenden Ansicht der beiden Sachverständigen erklärt Staatsanwalt Großvetsch, daß er den Antrag stellen müsse, den Angeklagten zwecks weiterer Untersuchung seines Geisteszustandes der Charite zu überweisen, denn über diesen Punkt müsse völlige Klarheit herrschen. Der Vorsitzende richtete an den Sanitätsrat Dr. Mittenzweig die Frage, ob er den augenblicklichen Zustand des Angeklagten für einen derartigen halte, daß derselbe die Folgen seiner Handlungswweise übersehen könne, und da der Sachverständige diese Frage bejahte, wurde beschlossen, die Verhandlung zu Ende zu führen. — Staatsanwalt Großvetsch plädierte hierauf auf Schuldig im Sinne der Anklage, empfahl aber, nur eine selbständige Handlung anzunehmen, und gab die Beantwortung der Frage nach mildernden Umständen den Geschworenen anheim. — Der Bertheidiger Rechtsanwalt Dr. Sello suchte die Angeklagten zur Last fallenden Handlungen und die dabei zu Tage getretenen Rechtsanschauungen des Angeklagten, die bei einem Juristen ganz unbegreiflich erscheinen, nicht auf einen verbrecherischen Willen, sondern auf einen Mangel an Intellekt, gänzliche Zerfahrenheit und Verworenheit und beispiellose Gedächtnisschwäche zurückzuführen. Der achtbare Stand der Rechtsanwälte sei durch den Angeklagten schwer geschädigt worden, ihm sei es aber zweifellos, daß der Angeklagte in der fraglichen Zeit nicht im Vollbesitz seiner Geisteskräfte gewesen ist. — Der Angeklagte hielt dann noch selbst eine kurze Ansprache, worin er bestonte, daß er nicht der abgefeilte Verbrecher sei, als welchen ihn der Staatsanwalt geschildert, sondern ein unglücklicher, bedauernswertes Kanter. Es war Mitternacht, als die Geschworenen nach erhaltener Rechtsbelehrung sich zur Verathung zurückzogen. Gegen halb zwei Uhr kehrten dieselben zurück. Ihr Spruch lautete, wie bereits gemeldet, auf Schuldig in Betreff der Urkundenfälschung in zwei Fällen, die aber als eine einzige selbständige Handlung anzusehen seien, auf Reichs Schuldig in Betreff der Unterschlagung. Überende Umstände wurden dem Angeklagten zugestellt. Der Staatsanwalt beantragte darauf gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zwölf Jahren sechs Monaten und dreijährigen Fahrverlust. Das Urteil lautete in oben gemeldeter Höhe.

Vermischtes.

D. L. Aus der Reichshauptstadt, 15. Nov. In der heutigen Studentenschaft gäbt es überaus heftig. Der Versuch des Rektors Birchow, zu Neuwahlen des im Vorjahr aufgelösten Studentischen Ausschusses die Wege zu ebnen, scheint mißlingen und statt der erwarteten Ausgleichung der Gegenseite neue noch heftigere Zwistigkeiten herbeizuführen zu sollen. Die Vorgänge in den Versammlungen der sogenannten "unabhängigen" Studenten, der Nicht-Farben- und Nicht-Vereinstudenten, und die Rolle, die Professor Förster dabei gespielt hat, dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Die von den Unabhängigen vollzogenen Wahlen, die einen ausgeprägten liberalen Charakter tragen, mißfallen nun den Corps und sonstigen "nationalen" Studenten in außergewöhnlichem Grade, und mit der überschäumenden Heftigkeit, die diese Junglinge auszeichnet, sollte in einer Eröffnungsversammlung der "nationalen" Studentenschaft Sturm geladen werden gegen die Unabhängigen. Heute hat diese Versammlung stattfinden sollen, ist aber, wie schon telegraphisch gemeldet, in letzter Stunde von Birchow durch Anschlag am schwarzen Brett verboten worden, worauf sich in der Umgebung der Universität ein etwas aufgeregtes Treiben entwickelte. Die Sache kann noch Folgen haben. Es steht beinahe aus, als ob die Wortsührer der "Nationalen" von außen her aufgestellt werden, und Birchow ist nicht der Mann dazu, um vor diesem Ansturm das Feld zu räumen. Blätter wie die "Kreuzzeit" und die "Staatsbürgerzeit" werden vorwüsstlich schon die willkommene Gelegenheit ergreifen, um dem Liberalismus Dinge in die Schuhe zu schieben, für die nur die Machenschaften von Hintermännern dieser Blätter selber verantwortlich sind.

Die "Frei. Btg." berichtet über die Umstände, die zum Erlös des genannten Verbots führten, Folgendes: Prof. Birchow hat als Rektor der Universität eine auf Dienstag Mittag 1 Uhr einberufene Studenten-Versammlung verboten. Dieselbe ging von einigen Mitgliedern des früheren Komitees der "Unabhängigen" und Vertretern zweier antisemitischer Verbündungen aus. Die Herren erlangten die Genehmigung des Rektors, da sie erklärt, es handle sich um eine "nationale Gestaltung des Ausschusses". Dagegen ließen sie am Dienstag Vormittag an der Universität Flugblätter verteilen, worin von der Ausstufungsfrage gar nicht mehr gesprochen, sondern folgendes erklärt wurde: "Komunisten! Euch Allen werden die empörenden Vorgänge der letzten Zeit bekannt sein. Demgegenüber soll eine große Kundgebung der gesamten nationalen Berliner Studentenschaft veranstaltet werden! ..." Hieraufhin zog der Rektor die schon erholtene Genehmigung zurück, und als um 1 Uhr Hunderte von Studenten aller Parteien den großen Hörsaal aufsuchten, fanden sie verschlossene Thüren. Das Komitee legte sodann gegenüber diesem Eingriff in die akademische Freiheit Protest an, aber auch dies wurde in den Räumen der Universität nicht gestattet, und die Herren verfügten sich daher zu weiteren Protesten in die akademischen Vierhallen. . . . Gegen

durch glücklichen Zufall herausstellte, daß sein ganzes Vergehen auf leere Vermuthung und irgendeine Annahme beruhend, muß er auch noch der Prozedur wegen einige 4 bis 6 Wochen auf Beschaffung eines neuen Zertifikats warten, sodass der Unterhalt seiner Kinder während eines guten halben Jahres, von dem sehnig ganz abgesehen, einzig der armen und nahezu trostlosen Frau zugefallen. Die Herren vom Tribunal aber lassen sich um solche und andere bagatelle Vorwürfe eben weiter keine grauen Haare wachsen. Geben sie doch, bevor sie jährlich sich unterfangen ihre hohen Funktionen wieder aufzunehmen, dem traditionellen Brauche entsprechend, zur sogenannten "Messe rouge" in die Sainte Chapelle des Justiz-Palastes, wo ihnen absolvio vom Erzbischof im Vorraus ertheilt wird. Jetzt geht man allerdings mit der hübschen Idee um, vom Verdienst der sämtlichen Verurtheilten eine kleine Beisteuer zu entnehmen, um den unabschulden Verurtheilten eine kleine frohe de consolation bieten zu können, wodurch die Sünden der unverantwortlich und mehr als sielen "robe" (Herren des Gerichtshofs) doch wenigstens eine beiseidene, wenn nicht Buße, so doch Milderung fänden.

Ob die Herren Mediziner (D. m. P.) vielleicht zarteren Gewissens, vermag ich nicht zu sagen, obwohl es klar, daß ihre feindselige Mätziffe und Irrthümer geradezu irreparabler Natur, doch haben dieselben, d. h. die Mitglieder der Gesellschaft der heiligen Lucas, Como und Damien, welche lobl. Bruderschaft im Jahre 1255 vom heiligen Ludwig gestiftet, die aber durch Zergöt aufgehoben und dann von Pater Lacordaire von Neuem errichtet, fürsichtlich eine fromme Wallfahrt zur Sacre-Coeurkirche auf dem Montmartre unternommen, die einiges Aufsehen machte. Diese Verbrüderung hat sich seit einigen Jahren von einer geringen Zahl von 12 auf 700 gehoben. Ihre berühmte Devise eben ist:

"Consilio manuque mortem arte pollit. Es ist klar, daß sie, wie die Herren der Gerichtshöfe, die Wiederaufnahme ihrer Thätigkeit durch einen religiösen Ritus einzuleiten gedenken, in dem sie wahrscheinlich ihre Patienten der Fürsorge und Gnade des Himmels überweisen, sowie nebenbei fürsichtlich gleichzeitig eine Absolution erbitten.

Gust. Schneider.

1/2 Uhr ließ der Rektor Prof. Virchow folgende Begründung des Verbotes am schwarzen Brett anheften: "Kommunisten! Der Rektor der Universität hatte, erfüllt von der Hoffnung, es werde möglich sein, den Geist friedlichen Zusammensetzens und gegenseitiger Achtung auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Studirender bei einer so wichtigen Versammlung, wie die Wahl des Ausschusses, wieder erstärken zu lassen, seine Zustimmung dazu ertheilt, daß eine Studentenversammlung einberufen werde, um allen Denen, welche bei der Wahl der Ausschusmitglieder dem nationalen Gefühl Ausdruck zu geben wünschten, die Gelegenheit zur Verständigung zu bieten. Diese Erwartung ist arg getäuscht worden. In einem an der Universität verhüllten Flugblatt erklärt das Komitee, daß die Versammlung berufen werde, um gegenüber den "empörenden Vorgängen" der letzten Zeit eine große Kundgebung der gesamten nationalen Berliner Studentenschaft zu veranstalten. Von der Ausschuswahl wird kein Wort gesprochen. Alle deutsch-nationalen Studenten werden zu dieser Versammlung eingeladen. Der Rektor sieht sich in Folge dessen genötigt, die zu einem ganz anderen Zweck ertheilte Genehmigung zurückzuziehen. Die Räume werden nicht dazu hergegeben werden, um den inneren Unfrieden an der Universität weiter zu entwickeln." — Die Einberufer der Versammlung triffi hierdurch der schwere Vorwurf, daß sie auf Grund einer Unwahrheit dem Rektor die Genehmigung abgelöst haben, während es ihnen gar nicht um die Ausschusfrage, sondern nur um eine antisemitische Kundgebung zu thun war.

Telegraphische Nachrichten.

Wilhelmshaven, 15. Nov. Kontreadmiral Karcher ist heute mit dem Übungsgeschwader zu einer mehrwöchigen Übungsfahrt nach Norwegen in See gegangen. Das Geschwader wird Mitte Dezember hierher zurückkehren.

Stettin, 15. Nov. Auf der Werft des "Bulsan" ist heute Vormittag 11^{1/2} Uhr der Aviso "G" vom Stapel gelaufen. Die Taufe vollzog Geh. Admirälsrath Dietrich. Das Schiff erhält den Namen "Komet".

München, 15. Nov. Die heutige Festigung der Akademie der Wissenschaften, welcher der Prinz Rupprecht, sowie die Minister Dr. v. Müller und Frhr. v. Graisheim bewohnten, wurde durch den Präsidenten der Akademie, Geheimrath Dr. v. Pettenkofer, eröffnet. Nach den einleitenden Worten v. Pettenkofers erfolgte die Verkündigung der Namen der neu gewählten Mitglieder. Zum Ehrenmitgliede ist die Prinzessin Therese von Bayern ernannt, zu außerordentlichen Mitgliedern der historischen Klasse wurden gewählt Chefredakteur Dr. Dove und Professor Oiddehler, als auswärtige Mitglieder der Professor des Sanskrit Hans-böll-Kopenhagen, Professor Lessing-Leipzig und Professor Paul-Freiburg, als korrespondirende Mitglieder die Professoren Förster-Berlin, Nollett-Graz, Schröder-Heidelberg, v. Amtra-Freiburg, Graf Cipolla-Turin, Hösmingard, Herausgeber der "Correspondence des réformateurs" in Lausanne und Dr. Suphan-Witmar.

Dresden, 15. Nov. Wie verlautet, bat der Kaiser die Einladung des Königs zu einer am 2. f. M. in Moritzburg stattfindenden Hofjagd angenommen.

Wien, 15. Nov. König Karl von Rumänien und der Thronfolger Prinz Ferdinand sind heute früh 6^{3/4} Uhr hier eingetroffen. Kaiser Franz Josef hatte sich in Begleitung der Erzherzöge Karl Ludwig, Wilhelm und Rainer zum Bahnhofe begeben, um die hohen Gäste persönlich zu empfangen. Eben-dasselbst waren der rumänische Gesandte Ghika und das Personal der Gesandtschaft zum Empfang anwesend. Die gegenseitige Begrüßung der hohen Herrschaften trug einen äußerst herzlichen Charakter. Kaiser Franz Josef, welcher über der Marschalluniform das Großkreuz des rumänischen Kronen-Ordens trug, und König Karl, welcher österreichische Uniform und das Großkreuz des St. Stefan-Ordens angelegt hatte, umarmten und küssten einander herzlichst. König Karl küsste auch den Erzherzog Karl Ludwig. Nicht weniger herzlich wurden der rumänische Thronfolger durch den Kaiser und die anderen Erzherzöge durch den König begrüßt. Der Kaiser und der König begaben sich alsdann, begleitet von dem Prinzen Ferdinand von Rumänien, zu Wagen nach der kaiserlichen Hofburg. Im Laufe des Vormittags machten dort der Minister des Äußeren Graf Kalnoky, die obersten Hofscharen, der Generalleutnant Freiherr v. Bezzem, die General-Adjutanten des Kaisers und die Gardekavaliere den rumänischen Herrschaften ihre Aufwartung.

Wien, 15. Nov. Heute Vormittag 10 Uhr ließ der König von Rumänien bei dem Minister des Auswärtigen Grafen Kalnoky seine Karte abgeben mit dem Bemerkung, daß er später persönlich erscheinen werde. Der König und der Thronfolger von Rumänien stattheten sodann dem Erzherzog und der Erzherzogin Karl Ludwig einen halbstündigen Besuch ab und kehrten nach demselben nach der Hofburg zurück, wo sie von dem Kaiser in die Gemächer der Kaiserin geleitet wurden und dort etwa eine halbe Stunde verweilten. Hierauf stellten der König und der Thronfolger auch den anderen Erzherzogen Besuche ab.

Petersburg, 15. Nov. Das "Journal de St. Petersbourg" schreibt: "Der Telegraph hat uns über den ebenso glänzenden wie herzlichen und sympathischen Empfang berichtet, deren Gegenstand der Großfürst-Thronfolger in Wien seitens des Kaisers und der Kaiserin, sowie des ganzen Hofes und seitens der Bevölkerung gewesen ist. Man konstatirt bei uns mit Besiedigung dieser so warmen Empfang, welcher dem Thronerben unseres Reiches bereitet worden ist, einen Empfang, der, wie die "Wiener Abendpost" an der Spitze der wichtigsten Organe der Wiener Presse hervorhebt, ein neuer Beweis der zwischen den erlauchten Herrscherhäusern Russlands und Österreich-Ungarns bestehenden freundschaftlichen Beziehungen ist."

Der neu ernannte serbische Gesandte Wassiliewitsch ist gestern vom Kaiser in Aubienz empfangen worden.

Petersburg, 15. Nov. Die Erhöhung des Einfuhrzolles auf Rohbaumwolle wird als bevorstehend angesehen und zwar an der Seegrenze auf 140 und an der Landgrenze auf 155 Ropelen pro蒲d.

Bern, 15. Nov. In der Angelegenheit betreffend den Inspektor der französischen Mittelmeerbahn Bernoud in Genf hat der Bundesrat den schweizerischen Gesandten in Paris Dr. Lardi beauftragt, dem Minister des Auswärtigen Albot eine Verbalnote zu überreichen, in welcher der Bundesrat an seiner ursprünglichen Auffassung des Zwischenfallen festhält und erklärt, daß die

gegen Bernoud getroffene Maßregel nicht geeignet sei, den befrügenden Eindruck abzuschwächen, den die Einmischung des Ministers der öffentlichen Arbeiten Bietschi in die Angelegenheit gebracht habe. Uebrigens betrachte der Bundesrat den Zwischenfall als erledigt.

Rom, 15. Nov. Nach dem "Popolo Romano" sind von den 60 Stichwahlen am Sonntag 43 zu Gunsten ministerieller Deputirter ausgefallen.

Paris, 15. Nov. Die Deputirtenkammer genehmigte den Abzug des Amendements Turrel, in welchem die Erhöhung der Alkoholsteuer auf 245 Frs. vorgeschlagen wird, mit 354 gegen 160 Stimmen. Der letzte Abzug derselben Amendements betreffend die Erhöhung der Schankkonzessionen giebt in der Hauptsache ebenso angenommen.

Paris, 15. Nov. In der heute stattgehabten Sitzung des Zollausschusses der Kammer, welchem die Vorberathung des französisch-schweizerischen Handelsübereinkommens obliegt, vielen verschiedene Redner darauf hin, daß Deutschland, Belgien und England weit mehr elektrische Glühlampen, Baumwollgarne, sowie Leinen- und Hanfgewebe nach Frankreich einführen als die Schweiz, Herabminderungen der Zollsätze daher vorzugsweise Deutschland, Belgien und England zu Gute kommen würden.

Paris, 15. Nov. Wie verlautet, wäre der Beschuß des Marineministers betreffs der schleunigen Absendung von Verstärkungen und Kriegsmaterial nach Dahomey durch eine Depesche des Obersten Dodds veranlaßt, wonach die Dahomeer sich vor Abomey in einer festen, mit Geschützen armierten Stellung konzentrierten.

Der "Matin" meldet, wenn schon unter Vorbehalt, der Polizeipräfektur sei die Nachricht zugegangen, daß die Absicht bestehe, gewisse Stellenvermittelungsbureaus mit Dynamit in die Luft zu sprengen.

Paris, 15. Nov. Unter den in die Untersuchung wegen der Panama-Angelegenheit Einbezogenen werden von verschiedenen Abendblättern auch Charles Lessips und der Ingenieur Eiffel genannt. Die Angelegenheit soll demnächst vor der ersten Kammer des Appellationsgerichts zur Verhandlung gelangen. — In Deputirtenkreisen verlautet, die Anhänger des Kabinetts würden demselben heute noch Anlaß bieten, Erklärungen über die Panama-Angelegenheit abzugeben, die in der Forderung eines Vertrauensvotums gipfeln und das Schicksal des Ministeriums entscheiden würden. Der Ministerpräsident Loubet sei entschlossen, lieber sofort zurückzutreten, als die Verfolgung zu autorisieren.

Paris, 15. Nov. Den Abendblättern zufolge verlautet, daß der Justizminister im heutigen Ministerrat erklärte habe, er habe auf eigene Verantwortung den Generalprokuren angewiesen, gegen alle in der Angelegenheit der Panama-Gesellschaft verwickelten Personen die gerichtliche Verfolgung einzuleiten. Die Blätter heben hervor, daß der Ausbruch einer Ministerkrise als nahezu unvermeidlich gelte, da die Mehrheit des Kabinetts gegen die Verfolgung gewesen sei. Mit dem Justizminister Ricard betrachteten nur der Unterrichtsminister Bourgeois und der Minister für öffentliche Arbeiten Bietschi die Einleitung der Verfolgung als durchaus geboten.

Paris, 15. Nov. In die gerichtliche Verfolgung gegen die Panama-Gesellschaft soll der gesammte Verwaltungsrath einbezogen werden. Lessips, als Grobhoffizier der Ehrenlegion, wird vor dem Appellgericht erscheinen, da die Untersuchung gegen denselben bereits vor der Annahme des am Sonnabend von der Kammer votirten Antrags Pontois eingeleitet war.

Paris, 15. Nov. Die gerichtliche Voruntersuchung in Sachen der Panama-Gesellschaft ist nunmehr geschlossen. Entgegen den bisherigen gegenthiligen Meldungen hat der Generalprokurator beschlossen, die gerichtliche Verfolgung eintreten zu lassen.

Paris, 15. Nov. Dem "Figaro" zufolge hätte die kolumbische Regierung die Konzession der Panama-Gesellschaft um 1 Jahr verlängert.

Paris, 15. Nov. Eine Depesche aus Porto Novo meldet, Oberst Dodds werde, ehe er seinen Vormarsch fortsetze, den Truppen Ruhe gönnen. König Behanzin habe Unterhandlungen eingeleitet, denen Oberst Dodds indessen wahrscheinlich keine Folge geben werde.

London, 15. Nov. Die Regierung empfiehlt den Lokalbehörden die Ausführung öffentlicher Arbeiten, damit den verschämten Armen dadurch Gelegenheit zur Beschäftigung gegeben werde.

Berlin, 16. Nov. Der "Kreuzztg." zufolge begann die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses am Dienstag die Berathungen über die Steuergesetze. Die Fraktion stimmt einmütig den Gesetzentwürfen zu; es sei der ernste Versuch zu machen, alle drei Gesetze zu Stande zu bringen unter der Voraussetzung, daß die Frage der Reform des Wahlgesetzes in einer für die konservative Partei annehmbaren Form noch in dieser Session gelöst werde.

Paris, 16. Nov. [Deputirtenkammer.] Die von Joussé beantragte Börsensteuer, welche ein Ertragsniveau von 15—18 Millionen abwerfen soll, ist zur Vermehrung der Einnahmen, welche zur Ausgleichung des Steuerausfalls an der Getränkesteuer bestimmt sind, vorgesehen. Rovier bezeichnete dieses Amendement als inopportun, da es den Erfolg der Getränke-Steuerreform nur beeinträchtigen könne. Das Amendement wurde mit 218 gegen 207 Stimmen abgelehnt.

Man glaubt, da das gerichtliche Verfahren in der Panama-Angelegenheit eingeleitet werden wird, daß die Regierung am Donnerstag die Beantwortung der diesbezüglichen Interpellationen ablehnen werde.

Paris, 16. Nov. Das Vergehen weswegen die in der Panama-Angelegenheit Angeklagten vor Gericht gestellt sind, wird als Vertrauensmissbrauch und Betrug bezeichnet, wovon die Anklagebehörde in den Kontrakten über die Ausführung

der Bauarbeiten Beweise gefunden zu haben glaubt. Die Verhandlung dürfte ungefähr in einem Monat stattfinden.

General Faillly, welcher im Jahre 1870 das V. Armee-korps befehlte, ist zu Compiegne gestorben.

Handel und Verkehr.

Köln, 15. Nov. Der "Köln. Stg." zufolge würden die Saartohlenpreise vom 1. Januar 1893 ab um durchschnittlich 50 bis 60 Pf. pro Tonne ermäßigt werden. Der Preis der Kohle bleibe unverändert.

90 000 Mark in Baar ohne Abzug,

erster Hauptgewinn der Weseler Dombau-Votterie,

Ziehung unverändert schon morgen,

noch einige abzugeben.

Lindau & Winterfeld, Wilhelmsplatz 3.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm;	Wind. Stunde 66 m Seehöhe.	Wetter.	Temperatur Grab
15. Nachm. 2	762,3	S mäßig	bedeckt	+ 1,0
15. Abends 9	763,1	SSO mäßig	bedeckt	+ 0,8
16. Morgs. 7	762,9	SSO mäßig	bedeckt	- 0,1
Am 15. Nov.	Wärme-Maximum + 1,1° Cel.			
Am 15.	Wärme-Minimum - 1,0°			

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. Nov.	Morgens 0,56 Meter.
= 15.	Mittags 0,56
= 16.	Morgens 0,50

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 15. November. (Schlußkurse.) Still, schwach. Neue Broz. Reichsaalbahn 86,10, 3^{1/2}, proz. V.-Bfandr. 97,80, Kontol. Türk. 21,60, Türk. Loos 91,00, 4proz. ung. Goldrente 95,65, Bresl. Diskontobank 96,25, Breslauer Wechslerbank 96,25, Kreditaktien 166,75, Schle. Bankverein 112,75, Donnersmarckstube 82,00, Flöther Maschinenbau —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau in Hüttentbetrieb 115,50, Oberschles. Eisenbahn 49,50 Oberschles. Bortland-Zement 71,00, Schle. Cement 115,25, Oppeln. Zement 86,00, Sch. D. Zement —, Krausia 121,50, Schle. Gießkästen 187,50, Laurahütte 101,00, Verein. Delfab. 94,00, Desterreich. Banknoten 170,00, Russ. Banknoten 200,50, Giebel Cement —.

Hamburg, 15. Nov. Schwach. Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br., 2784 Gd. Silber in Barren pr. Kilo 114,25 Br., 113,75 Gd. **Frankfurt a. M.**, 15. Nov. (Schlußkurse.) Behauptet. Lond. Wechsel 20,35, 4proz. Reichsanleihe 106,95, österr. Silberrente 82,50, 4^{1/2} proz. Bankrente 82,70, do. 4proz. Goldrente 97,80, 1860er Loos 125,30, 4proz. ung. Goldrente 95,60, Italiener 92,70, 1880er Russen 96,50, 3. Orientali. 65,70, unfrz. Egypter 99,70, Lond. Türk. 21,60, 4proz. türk. Uni. 85,90, 3proz. port. Uni. 23,50, 5proz. serb. Rente 76,40, 5proz. amort. Rumäniens 96,80, 5proz. tonsol. Mexik. 79,50, Böh. Westbahn 288^{1/2}, Böh. Nordb. 153, Franzosen —, Galtzler 183, Gotthardsbahn 155,40, Lombarden 83^{1/2}, Bübed-Bücher 144,20, Nordwestbahn 175, Kreditaktien 265^{1/2}, Darmstädter 135,00, Mittelb. Kredit 97,30, Reichsb. 149,20 Dist. Kommandit 184,10, Dresdner Bank 141,80, Bortler Wechsel 80,933, Wiener Wechsel 169,75, serbische Tabakrente 76,40, Bochum. Gußstahl 116,50, Dortmund. Union 58,70, Harpener Berarwerk 121,50, Oberhafen 120,50, 4proz. Spaner 62,90, Matzner 112,10, Privatdiskont 2^{1/2} Broz. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 265^{1/2}, Dist. Kommandit 183,80, Bochumer 116, Laurahütte 100,60.

Wien, 15. Nov. Des Leopoldstags wegen heute keine Börse.

Paris, 15. Nov. (Schlußkurse.) Matt. 3prozentige amort. Rente 99,10, 3proz. Rente 99,05, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 93,02^{1/2}, österr. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 96,28, 3. Orient.-Anl. 64,45, 4proz. Russen 1889 96,30, 4proz. Egypter 405,62^{1/2}, Lond. Türk. 21,55, Türk. 89,37, Lombarden —, do. Priorit. —, Banque Ottomane 593,00, Panama 5 proz. Obligat. —, Rio Tinto 412,50, Tab. Ottom. 368,00, Neue 3proz. Rente —, 3proz. Portugiesen 24,68, 3proz. Russen 79,25.

Petersburg, 15. Nov. Wechsel auf London 100,90, Russ. II. Orientali. 102^{1/2}, do. III. Orientali. 104^{1/2}, do. Bank für ausw. Handel 268^{1/2}, Petersburger Diskontobank 455^{1/2}, Warschauer Diskontobank —, Petersb. Internat. Bank 435^{1/2}, Russ. 4^{1/2} proz. Bodenkreditbriefe 158^{1/2}, Große Russ. Eisenbahn 255, Russ. Südwestbahnen 113^{1/2}.

